



Geschäftsbericht 2014

Landesamt für Bürger- und
Ordnungsangelegenheiten



Inhaltsverzeichnis

Vorworte.	04
Das LABO im Überblick.	06
Aktuelles aus dem Geschäftsjahr	07
Abteilung I – Entschädigungsbehörde.	08
Abteilung II – Personenstands- und Einwohnerwesen	10
Abteilung III – Kraftfahrzeugwesen	14
Abteilung IV – Ausländerbehörde	18
LABOweite Themen und Abteilung V – Zentrale Aufgaben – Koordination und Service	22
Kurz notiert	26
Die Zahlen.	27
Impressum	40

Vorwort des Senators für Inneres und Sport

Sehr geehrte Damen und Herren,



der Geschäftsbericht 2014 des Landesamts für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) macht das hohe Engagement deutlich, mit dem die Beschäftigten ihre komplexen und sich ständig ändernden Aufgaben erfüllen und sich neuen Herausforderungen stellen.

Besonders im Fokus stand 2014 die Arbeit der Ausländerbehörde. Im letzten Jahr hat sich die Zahl der zu betreuenden Asylsuchenden um zwei Drittel gesteigert. Die damit verbundenen angewachsenen Aufgaben sind eine enorme Herausforderung und haben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern viel abverlangt. Dass die Arbeit trotz enger personeller Kapazitäten bewältigt wurde, ist ein besonderes Verdienst der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und nur durch ihr herausragendes Engagement möglich gewesen. Mein Dank gilt allen Kolleginnen und Kollegen. Neben der Wahrnehmung der bestehenden Aufgaben wurden auch Maßnahmen für eine weitere Qualitätsverbesserung angestoßen. Das Pilotprojekt einer Rechtsberatungsstelle und weiterhin die Stärkung der sprachlichen Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind hier zu nennen.

Aber auch in den anderen Bereichen haben die Anforderungen einer wachsenden Stadt und neue gesetzliche Regelungen zu veränderten Aufgabenstellungen geführt. So geht Berlin beim Personenstands- und Einwohnerwesen neue Wege und nutzt die technischen Möglichkeiten. Mit der Mitarbeit bei der Entwicklung eines online gestützten Anliegenmanagementsystems zur Meldung von Störungen im öffentlichen Raum und der Erstellung eines IT-Masterplans für die bezirklichen Ordnungsämter leistet das LABO, zusätzlich zum gesetzlich geforderten IT-Einsatz im Personenstandswesen, einen erheblichen Beitrag zur Modernisierung der Berliner Verwaltung.

Die zum 01.01.2015 in Kraft getretene Änderung der Fahrzeug-Zulassungsverordnung

ermöglicht neben der internetbasierten Außerbetriebsetzung von Kraftfahrzeugen auch eine bundesweite Kennzeichenmitnahme bei einem Umzug. Die Zulassungsbehörde Berlins konnte die gesetzlichen Vorgaben für eine Umsetzung fristgerecht erfüllen. Auch die Neuordnung des Punktesystems und die Einführung des Fahreignungsregisters stellen hohe Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die außerordentlich gut bewältigt wurden.

Auch 70 Jahre nach Ende des zweiten Weltkrieges ist die Arbeit der Entschädigungsbehörde von großer Wichtigkeit. So wird die Zusammenarbeit mit den Berliner Hochschulen weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Versöhnung mit den Opfern des Nationalsozialismus und zur politischen Bildung leisten.

Die Querschnittsaufgaben Personal, Finanzen und Innerer Dienst wurden im LABO zum 01.07.2014 in der Abteilung V Zentrale Aufgaben, Koordination und Service gebündelt. Diese neue Struktur wird der Vorgabe des Senats zur Reduzierung des Personals gerecht und erfolgte unter Berücksichtigung der Erfahrung der Beschäftigten.

Der Geschäftsbericht 2014 bestätigt, mit wie viel Engagement die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LABO ihre Aufgaben wahrnehmen. Um auch zukünftig eine Ausgewogenheit von Auftragserfüllung, Kundenorientierung und Zufriedenheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu erreichen, werde ich mich auch in den anstehenden Haushaltsverhandlungen für eine bessere Personal- und Sachausstattung des LABO einsetzen. Zunächst möchte ich mich aber ausdrücklich für die geleistete Arbeit bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LABO bedanken.

Frank Henkel
Senator für Inneres und Sport

Vorwort der Direktorin des LABO

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Entwicklung der Grundzahlen des Landesamts für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) und die Zielerreichung bei wichtigen Produkten des Jahres 2014 sind in diesem Geschäftsbericht zusammengetragen. Darüber hinaus erhalten Sie einen Überblick über die wesentlichen Neuerungen in der Entschädigungsbehörde, der Abteilung Personenstands- und Einwohnerwesen, der Abteilung Kraftfahrzeugwesen, der Ausländerbehörde und über das gesamte Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten.

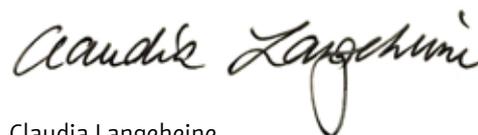
Hervorzuheben sind insofern die Unterstützung der Entschädigungsbehörde für eine Ausstellung des Landesarchivs Berlin über die Wiedergutmachungspraxis der letzten 70 Jahre, die Erarbeitung eines IT-Masterplans für die bezirklichen Ordnungsämter, die Umsetzung des neuen Punktesystems für Verkehrssünder sowie eine weiter steigende Arbeitsbelastung in der Ausländerbehörde vor allem aufgrund der weltpolitischen Ereignisse in Syrien, aber auch in anderen Regionen.

Alle fordernden Aufgaben haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LABO im vergangenen Geschäftsjahr hervorragend bewältigt. Um dieses Engagement auch in Zukunft erbringen zu können, ist allen Führungskräften sehr daran gelegen, die Beschäftigten zu fördern und für ihren Arbeitsalltag gut zu rüsten. Unser Personalentwicklungskonzept wird gelebt und Maßnahmen zur Förderung des Personals an die an das LABO gestellten Herausforderungen angepasst. Die Mitarbeiterqualifikation liegt mir besonders am Herzen und wird auch 2015 einen breiten Raum einnehmen.

Neben der Qualifizierung der Beschäftigten spielt auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine zentrale Rolle. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die Attraktivität des Arbeitgebers Land Berlin, der sich in der Bundeshauptstadt gegenüber der Bundesverwaltung und Wirtschaft behaupten muss. Mit flexiblen Arbeitszeiten, Teilzeitmodellen und in geeigneten Bereichen alternierender Telearbeit sind wir gegenüber anderen Arbeitgebern konkurrenzfähig. Unsere unmittelbar den Kundinnen und Kunden gegenüber zu erbringenden Ordnungsaufgaben und Serviceleistungen und der hohe Grad an Eigenverantwortung der Beschäftigten sprechen auch für uns.

Als Beitrag zum strukturellen Sparen werden die Querschnittsaufgaben Personal, Finanzen und Innerer Dienst im LABO seit dem 01.07.2014 zentral wahrgenommen. Die Optimierung der Geschäftsprozesse und der Prozess der Aufgabenkritik mit dem Ziel, effizienter zusammenzuarbeiten und Einsparpotential zu erzielen, wird zeitgleich zum laufenden Dienstbetrieb noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Ich bedanke mich für Ihr Interesse an der Arbeit und der Weiterentwicklung des LABO und freue mich über Nachfragen, Rückmeldungen und Anregungen zum Inhalt unseres Geschäftsberichts.

Mit freundlichen Grüßen



Claudia Langeheine

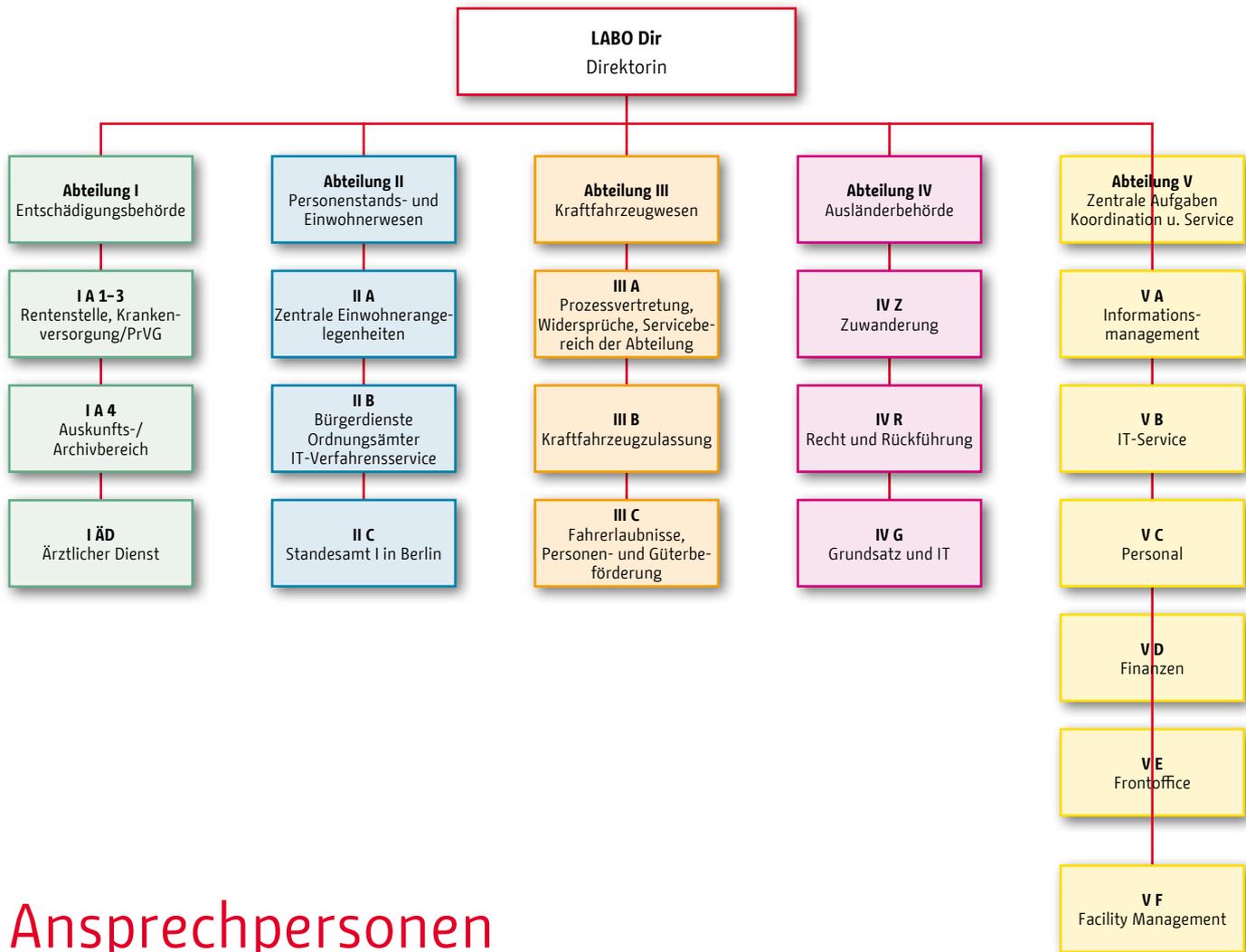
Direktorin des Landesamts für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten



Das LABO im Überblick

Das LABO ist eine nachgeordnete Behörde der Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Es ist für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Behörden auf den Gebieten der

Wiedergutmachung, des Personenstands- und Einwohnerwesens, Kraftfahrzeugwesens und Ausländerwesens tätig.

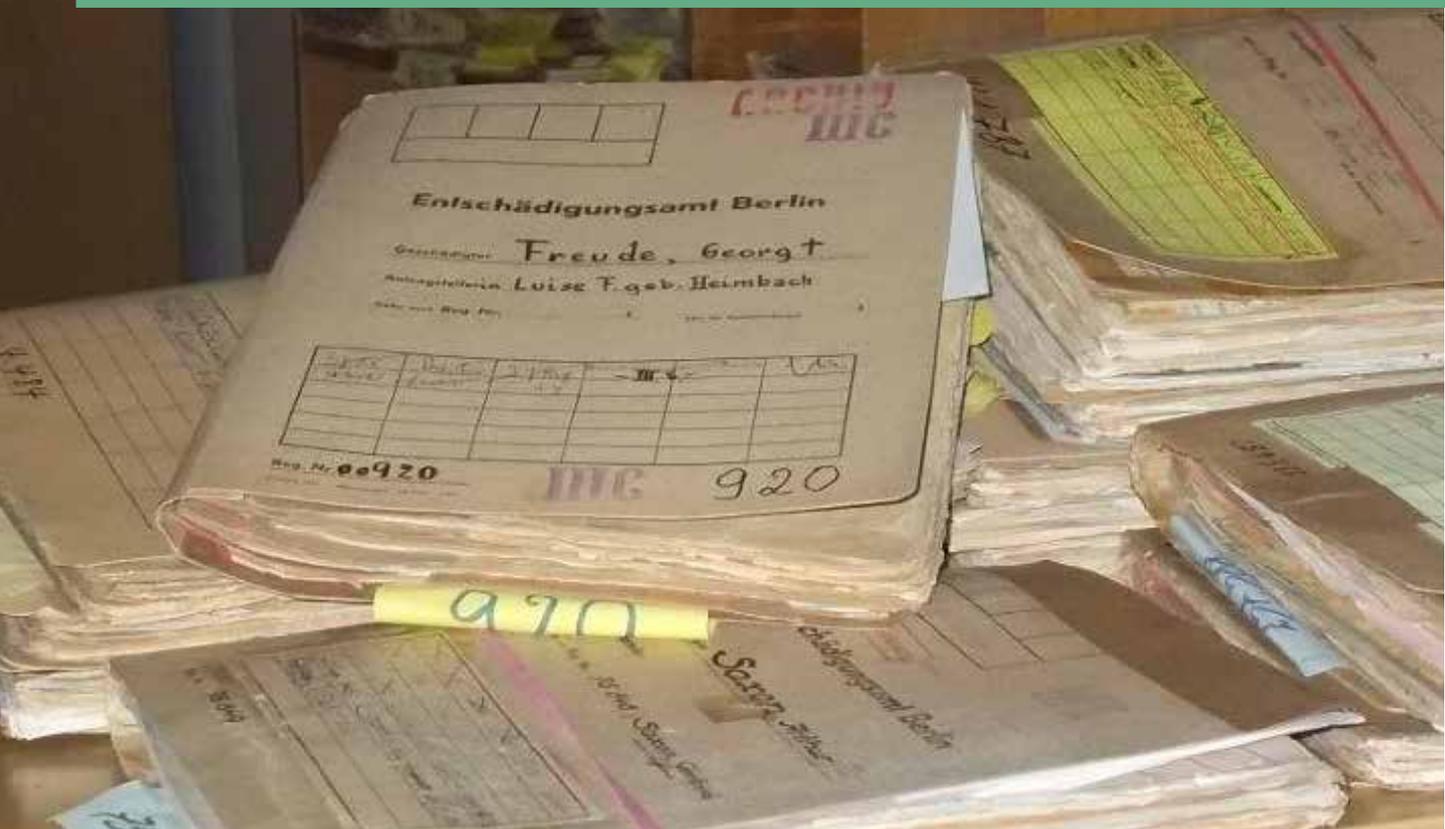


Ansprechpersonen

Claudia Langeheine	Direktorin	90269 1201	langeheine@labo.berlin.de
Bernd Lehmann	Leiter Abt. I	90269 5101	bernd.lehmann@labo.berlin.de
Kludia Zurth	Leiterin Abt. II	90269 2222	zurth@labo.berlin.de
Ulrike Frey	Leiterin Abt. III	90269 2301	ulrike.frey@labo.berlin.de
Engelhard Mazanke	Leiter Abt. IV	90269 4003	mazanke@labo.berlin.de
Nadja Gedlich	Leiterin Abt. V	90269 1210	nadja.gedlich@labo.berlin.de

Aktuelles aus dem Geschäftsjahr





■ Abteilung I

Entschädigungsbehörde

Jede Akte ein menschliches Schicksal

Auch 70 Jahre nach Kriegsende ist ein hohes Maß an Dienstleistungsqualität für die Überlebenden der Verfolgung durch den Nationalsozialismus zu gewährleisten. Es ist durchgehend der Anspruch der Entschädigungsbehörde, den Verfolgten das Leben zu erleichtern, ihnen den Willen zu zeigen, Unrecht wieder gut zu machen und nach Kräften zu helfen. Derzeit werden noch insgesamt 3.248 Betroffene von der Entschädigungsbehörde betreut.

Erweiterung des Kundenservices im Bereich Akteneinsicht

Die Zahl der Informationswünsche ist in den letzten Jahren gestiegen. Im Jahr 2014 hat die Entschädigungsbehörde mit insgesamt etwa 7300 erledigten Anfragen nach Personen und Akten eine Vielzahl von Veröffentlichungen in Buchform, Fernsehbeiträgen zu einzelnen Widerstandsaktionen bis hin zu Kiezrundgän-

gen durch Neukölln und Gedenkveranstaltungen u. a. der Charité unterstützen können. Hierdurch spielt sie eine bedeutsame Rolle bei der Auseinandersetzung der Stadt mit den historischen Ereignissen.

Die weitere Flexibilisierung von Terminen und Räumlichkeiten für Einsichtnahmen in Akten hat zu Terminvereinbarungen deutlich unter der regelmäßigen Wartezeit von 18 Tagen geführt. Das Ziel der Entschädigungsbehörde ist es, diese positive Entwicklung zu verstetigen.

Erhöhung der Entschädigungsrenten

Zum 01.11.2014 wurden die Grund-, Ausgleichs- und Hinterbliebenenrenten nach dem Berliner PrVG rückwirkend ab dem 01.01.2014 um 5,09 % erhöht. Damit sollte ein Ausgleich für die seit der letzten Leistungserhöhung eingetretene und weiterhin zu erwartende Steigerung der Lebenshaltungskosten geschaffen werden.

Die Freibeträge für die Anrechnung sonstigen Nettoeinkommens auf die PrV-Renten wurden zum 01.06.2014 ebenfalls um 5,09 % angehoben.

Einzelheiten und Begründung der Neufestsetzung der PrV-Leistungen sind in der „Sechszwanzigsten Verordnung über die Neufestsetzung der Leistungen nach Teil II des Gesetzes über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassistisch oder religiös Verfolgten des Nationalsozialismus (26. VO-PrVG)“ nachzulesen, die die Senatsverwaltung für Inneres und Sport am 25.08.2014 erlassen hat.

Der Entschädigungsbehörde ist es gelungen, innerhalb des Berichtszeitraumes die entsprechenden Änderungsbescheide abschließend zu bearbeiten, so dass die Rentenzahlungen angepasst und die Nachzahlungsbeträge angewiesen werden konnten.

Projekt „wieder gut“

In Kooperation mit dem Aktiven Museum Berlin, der Stiftung Topographie des Terrors, der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz und dem Landesarchiv Berlin wurde eine Ausstellung über die Entschädigungs- und „Wiedergutmachungspraxis“ der letzten 70 Jahre in Deutschland erarbeitet, die in 2015 in Berlin an verschiedenen Ausstellungsorten gezeigt werden wird.

Hierbei wurde in 2014 insbesondere das Archiv der Entschädigungsbehörde mit über 200.000 Einzelvorgängen zur Wiedergutmachung für entsprechende Recherchen genutzt. Der Entschädigungsbehörde war es ein großes Anliegen, alle Beteiligten bei der Vorbereitung bzw. Recherche zu unterstützen und das eigene Fachwissen gewinnbringend einzusetzen.

Zusammenarbeit mit den Berliner Hochschulen auf die Freie Universität ausgeweitet

Nachdem in den vergangenen Jahren bereits ein intensiver Austausch mit Studierenden und Lehrenden der Humboldt Universität zu Berlin aufgebaut werden konnte, hat die Entschädigungsbehörde im Geschäftsjahr 2014 ihre Zusammenarbeit auch auf die Freie Universität Berlin ausgeweitet. Studierende der Geschichtswissenschaft nutzten die Expertise und das Archiv der Behörde, um für ihre Seminararbeiten zu forschen. Diese ausgeweitete Zusammenarbeit ist ein guter Beleg für die große Verantwortung, die der Entschädigungsbehörde auch in Zukunft bei einem kleiner werdenden Kundenkreis zukommen wird.



■ Abteilung II

Personenstands- und Einwohnerwesen

Austausch der Basisanwendung im Einwohnerwesen begonnen (ProVOIS)

Unter dem Namen „ProVOIS“ hat die Abteilung II die Vorbereitungen für einen Austausch der bislang eingesetzten Kernsoftware MESO durch dessen Nachfolgeprodukt begonnen. Künftig sollen die Funktionen für das Pass-, Ausweis- und Meldewesen in dem neuen Rahmen VOIS (Verwalten-Organisieren-Integrieren-Systematisieren) angeboten werden. In 2014 wurde die Voruntersuchung durchgeführt. Derzeit ist die Umstellung auf die neue Verfahrensplattform für Anfang 2016 vorgesehen.

Anliegenmanagementsystem

Das Projekt „Einführung eines Anliegenmanagementsystems“ (AMS) für die bezirklichen Ordnungsämter ist Bestandteil des Modernisierungsprogrammes ServiceStadt Berlin und wird gemeinsam von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport und dem LABO unter aktiver Einbeziehung der Ordnungsämter geleitet.

Das System wird den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit eröffnen, strukturierte Meldungen zu Störungen im öffentlichen Raum online und damit unabhängig von Öffnungszeiten an ein Berliner Ordnungsamt zu übermitteln. Die Meldungen werden automatisiert dem fachlich zuständigen Bezirksamt zugeordnet. Ein eingerichteter Rückkanal ermöglicht es, die Bürgerinnen und Bürger über den aktuellen Bearbeitungsstand zu informieren.

In das IT-Fachverfahren werden unabhängig vom Eingangskanal alle Meldungen überführt und weitestgehend IT-unterstützt bearbeitet. Die Bearbeitung umfasst auch die Durchführung statistischer und raumbezogener Analysen. Weiterhin wird die Möglichkeit geschaffen, einen schnittstellenbasierten Datenaustausch mit externen Beteiligten (hier: BSR) vorzunehmen.

Im Jahr 2014 wurden das europaweite Vergabeverfahren abgeschlossen und die

erforderlichen fachlichen und technischen Spezifikationen erarbeitet sowie in weiten Teilen realisiert. Das IT-Verfahren soll den Ordnungsämtern ab Ende des II. Quartals 2015 zur Verfügung stehen. Das LABO wird dieses IT-Verfahren den Bezirken im Rahmen des angestrebten Rahmenverfahrauftrages für die Ordnungsämter bereitstellen.

Erstellung eines IT-Masterplans für die bezirklichen Ordnungsämter

Unter der Federführung des LABO wurde zusammen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der bezirklichen Ordnungsämter und mit externer Unterstützung der IT-Masterplan erarbeitet. Anlass dafür waren die Ergebnisse des 2013 durchgeführten Projektes „Weiterentwicklung der Berliner Ordnungsämter“.

Nachdem im Vorfeld die notwendigen Grundlagendokumente gesichtet wurden (z.B. IT-Bestands-/Planungsübersicht, Produktkatalog), erfolgte auf dieser Basis eine IST-Erhebung der IT-Verfahren/Anwendungen im Rahmen von Workshops und Einzelgesprächen mit den beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ordnungsämter.

Im Ergebnis dieser IST-Analyse lag der Fokus für die weitere Betrachtung auf den landesweiten IT-Verfahren und bezirksspezifischen Anwendungen/Eigenlösungen. Der IT-Masterplan schlägt Maßnahmen für folgende Handlungsfelder vor: IT-Organisation, IT-Fachverfahren, IT-Infrastruktur, IT-Service und IT-Kosten. Für diese Handlungsfelder konnten eine Vielzahl von kurzfristigen Maßnahmen (quick wins) sowie mittel- und langfristige Maßnahmen abgeleitet werden.

Die Handlungsempfehlungen des IT-Masterplanes sollen in 2015 auf der Arbeitsebene unter der federführenden Leitung der Senatsverwaltung für Inneres und Sport in enger Kooperation mit dem LABO gemeinsam mit den Ordnungsämtern in umsetzungsfähige

Maßnahmen und Konzepte (u.a. Projektaufträge, Zeit- und Maßnahmenplanung) transferiert werden. Für die langfristigen Maßnahmen wird es zunächst darauf ankommen, die notwendigen Rahmenbedingungen (z.B. Anmeldung der Mittel, Vorbereitung von Planungsunterlagen) zu schaffen. Die kurz- und mittelfristigen Maßnahmen sollen möglichst zügig umgesetzt werden.

IT-Einsatz im Personenstandswesen

Die Abteilung II stellt den Berliner Standesämtern die IT-Verfahren AutiSta/BePersReg sowie ODiS I zur Verfügung.

In Berlin wird das größte kommunale Personenstandsregister der Bundesrepublik Deutschland betrieben. Die dafür bereitgestellten IT-Systeme kommen von unterschiedlichen Herstellern, müssen aber miteinander interagieren. Dieser Umstand und die in dieser Form in Deutschland einmalige Größe der Datenbestände stellen besondere Herausforderungen an den IT-Verfahrensbetrieb. Dazu zwei Beispiele:

1. Der Einsatz der IT-Verfahren an den Arbeitsplätzen der Standesbeamtinnen und Standesbeamten ist bezogen auf die Gesamtkomplexität nur die „Spitze des Eisberges“. Die weitergehenden Kommunikationsprozesse auf der Basis der sog. XÖV-Standards des Personenstandswesens sind für die Softwarehersteller (teilweise werden rechtlich vorgeschriebene Nachrichten erst mit Verzug bereitgestellt) und den IT-Verfahrensbetrieb herausfordernd. Die über diesen Weg laufenden Mitteilungspflichten nehmen gleichzeitig zu. Eine Arbeitserleichterung tritt nur bedingt ein, denn die Mehrzahl der eingehenden elektronischen Nachrichten kann zunächst nur nach vorheriger manueller Prüfung in die Register und Verzeichnisse eingearbeitet werden.

2. Im Personenstandsregister werden Daten nur aufgenommen, wenn eine Standesbeamtin/ein Standesbeamter sie elektronisch signiert hat. Die dafür eingesetzten Komponenten kommen von unterschiedlichen Herstellern. Darüber hinaus ist das Funktionieren der elektronischen Signatur auch von der Verfügbarkeit von Systemen abhängig, auf die das Land Berlin keinen Einfluss hat (z.B. bei Trust-Centern). Die Signaturfunktion stellt sich bisher als fehleranfällig dar. Dies führt in den Berliner Standesämtern zu teilweise erheblichen Belastungen im Tagesgeschäft. Seitens des IT-Verfahrensbetriebes werden sämtliche Anstrengungen unternommen, diese unbefriedigende Situation zu verbessern.

Zusammenarbeit mit dem Landesarchiv

Im Rahmen der ersten Abgabe von Archivgut Ende 2013 hat das Standesamt I in Berlin 76818 Registerbände und 929 standesamtliche Sammelakten an das Landesarchiv Berlin überführt. Die hieraus resultierenden Änderungen der Geschäftsprozesse führen mittelfristig zu einer Entlastung des Standesamts I in Berlin.

Für den Kunden selbst, der nunmehr entsprechende Nachweise aus Archivgut direkt beim Landesarchiv Berlin beantragen kann, hat sich aufgrund der dortigen moderaten Bearbeitungszeiten eine deutliche Verkürzung der Wartezeit bis zum Erhalt der Dokumente ergeben. Anfragen zu Archivgut, die weiterhin beim Standesamt I in Berlin eingehen, werden wöchentlich dem Landesarchiv Berlin zugeleitet; der Antragsteller erhält eine entsprechende Abgabennachricht.

Die Zusammenarbeit mit dem Landesarchiv Berlin verläuft konstruktiv und reibungslos. Die nächste Abgabe von Archivgut ist im Jahre 2016 vorgesehen; bis dahin hat das Standesamt I in Berlin noch umfangreiche Vorbereitungen zu treffen.





■ Abteilung III

Kraftfahrzeugwesen

Projekt iKfz 2015

Mit dem Kick-Off am 21.01.2014 startete im Referat III B das Projekt „iKfz2015“. Anlass waren die weitreichenden Änderungen der Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV), die am 01.01.2015 in Kraft getreten sind. Diese Änderungen umfassen im Wesentlichen zwei Themen:

1. Internetbasierte Außerbetriebsetzung

Die internetbasierte Außerbetriebsetzung ist das erste konkrete Ergebnis des Projektes „iKfz“, das vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und dem Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) seit längerem durchgeführt wird. Hierbei geht es darum, jedem Fahrzeughalter zu ermöglichen, über ein Internet-Portal seine Zulassungsangelegenheit der zuständigen Zulassungsbehörde zu übermitteln.

Dies ist mit der internetbasierten Außerbetriebsetzung der Fall. Der Kunde meldet sich über ein zentral vom KBA zur Verfügung gestelltes Internet-Portal oder ein dezentrales Portal an, authentifiziert sich über den neuen Personalausweis (nPA) und gibt die Daten zum Fahrzeug sowie zu den entwerteten Siegelplaketten und der entwerteten Zulassungsbescheinigung Teil I (ZB I) ein.

Nach erfolgter Plausibilitätsprüfung werden diese Daten der Zulassungsbehörde übermittelt, bei der die Außerbetriebsetzung abschließend registriert wird. Der Kunde erhält durch die Zulassungsbehörde schriftlich oder (sofern er diesen Weg eröffnet hat) über De-Mail die Bestätigung der Außerbetriebsetzung.

Dieses auf den ersten Blick einfache Verfahren bedingt wesentliche Änderungen für jedes ab dem 01.01.2015 zugelassene Fahrzeug. Bei diesen Fahrzeugen müssen die Kennzeichenschilder mit neuen Siegelplaketten versehen werden, die zusätzliche Merkmale aufweisen, nämlich eine konkrete Druckstücksnummer und einen Sicherheitscode. Der Code wird erst sichtbar, wenn die Plakette zum Zwecke der Außerbetriebsetzung entfernt wird. Gleiches gilt für die ZB I. Auch hier gibt es ein besonderes Feld, das eine Druckstücksnummer enthält und ebenfalls einen darunter verborgenen Sicherheitscode für die internetbasierte Außerbetriebsetzung.

Das bedeutet, dass die Zulassungsbehörde bereits bei der Zulassung diese Druckstücksnummern und Sicherheitscodes dem konkreten Fahrzeug zuordnen und registrieren muss. Neben den erforderlichen Änderun-

gen im IT-Fachverfahren waren hierzu auch umfangreiche Änderungen in den Abläufen der Zulassungsbehörde notwendig.

2. Bundesweite Kennzeichenmitnahme

Bisher galt die grundsätzliche Regelung, dass bei einem Umzug in den Zuständigkeitsbereich einer anderen Zulassungsbehörde ein Fahrzeug auch dort angemeldet werden musste und dabei ein neues Kennzeichen dieser Stadt oder dieses Landkreises erhielt. Diese Regelung hat sich zum 01.01.2015 grundlegend geändert. Nunmehr ist es möglich, dass man bei einem solchen Umzug auch sein Kennzeichen mitnimmt. D.h. man muss zwar das Fahrzeug bei der Zulassungsbehörde seines neuen Hauptwohnsitzes anmelden, kann aber sein bisheriges Kennzeichen behalten. Erst wenn das Fahrzeug seinen Besitzer wechselt, erhält das Fahrzeug auch ein neues Kennzeichen. Zur Umsetzung dieser Änderung waren in erster Linie wiederum Anpassungen am IT-Fachverfahren erforderlich.

Seit dem Kick-Off wurden in mehreren Sitzungen der Projektgruppe Ideen gesammelt und konkrete Festlegungen getroffen, so dass die Zulassungsbehörde Berlin die gesetzlichen Vorgaben zum 01.01.2015 ordnungsgemäß erfüllt hat.

Neuordnung der Ortskundeprüfung

Zum 01.11.2014 wurde mit Entscheidung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt die Ortskundeprüfung im Zusammenhang mit der Beantragung einer Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung auf die technischen Prüfstellen TÜV und DEKRA verlagert. Mit der Ortskundeprüfung weisen insbesondere Taxifahrer nach, dass sie sich mit den Berliner Straßen, Plätzen und markanten Orten gut auskennen und ortsunkundige Fahrgäste auf dem kürzesten Weg an ihr Ziel bringen können. Der schriftliche Teil der Ortskundeprüfung erfolgt nun analog zu den übrigen Fahrerlaubnisprüfungen am PC

und auch die in der mündlichen Teilprüfung zu beschreibenden Zielfahrten werden PC-gestützt und manipulationssicher ausgelost.

Das Verwaltungsverfahren wurde so gestaltet, dass nunmehr auch Prüfaufträge für die Ortskunde erteilt und über eine Schnittstelle elektronisch an die technischen Prüfstellen übertragen werden. So ist es gelungen, die Beantragung einer Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung mit den übrigen Anträgen auf Erteilung einer Fahrerlaubnis zu harmonisieren.

Neuordnung des Punktesystems

Das neue Fahreignungsregister (FAER) löste zum 01.05.2014 das bisherige Verkehrszentralregister (VZR) in Flensburg auch begrifflich ab. Das neue Fahreignungsbewertungssystem soll die Verkehrsteilnehmer dazu motivieren, das Fahrverhalten zu überdenken und zu verbessern. Anders als bisher werden im Fahreignungsregister nur noch abschließend benannte Verstöße erfasst, die sich unmittelbar auf die Verkehrssicherheit auswirken. Aus einer Auswertung des Bundesverkehrsministeriums geht hervor, dass im Zuge der Umstellung 148.000 Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer aus dem Register gelöscht wurden, weil ihnen nur Punkte wegen leichter Ordnungswidrigkeiten angelastet wurden.

Für die Einschätzung des Verkehrssicherheitsrisikos reichen drei Kategorien aus: Ein Punkt wird für verkehrssicherheitsbeeinträchtigende Ordnungswidrigkeiten eingetragen. Zwei Punkte werden für besonders verkehrssicherheitsbeeinträchtigende Ordnungswidrigkeiten, die in der Regel mit einem Fahrverbot verbunden sind, und für Straftaten angesetzt. Mit drei Punkten werden Straftaten bewertet, die zur Entziehung der Fahrerlaubnis geführt haben.

Nach wie vor sieht das System drei Maßnahmenstufen vor. Wer vier bis fünf Punkte

erworben hat, erreicht die erste Maßnahmenstufe. Die Fahrerlaubnisbehörde ist nach einer entsprechenden Mitteilung aus dem Fahreignungsregister Flensburg verpflichtet, die Betroffenen durch eine sog. Ermahnung auf den aktuellen Punktestand hinzuweisen. Gleichzeitig ergeht der Hinweis, freiwillig an einem neu eingeführten Fahreignungsseminar teilnehmen zu können, um einen Punkt abzubauen. Die zweite Maßnahmenstufe greift bei einem Punktestand von sechs bis sieben. Erneut nach einer Mitteilung aus Flensburg erfolgt durch die Fahrerlaubnisbehörde nunmehr die Verwarnung, verbunden mit dem abermaligen Hinweis auf die freiwillige Absolvierung eines Fahreignungsseminars (ohne Punkteabbau). Wer dann schließlich acht oder mehr Punkte ansammelt, erreicht die dritte Maßnahmenstufe, die ohne Ermessen die Fahrerlaubnisentziehung nach sich zieht.

In der Folge der Rechtsänderung hat sich die Anzahl der Entziehungen wegen Erreichens der acht Punkte Marke erhöht. Demgegenüber steht eine Entlastung in der zweiten Eingriffsstufe, weil das bisher vorgesehene Anordnen eines verpflichtenden Aufbau-seminars für verkehrsauffällige Kraftfahrer entfällt. Damit entfallen auch Fahrerlaubnisentziehungen wegen der Nichtabsolvierung dieses Seminars. Insgesamt war die Fahrerlaubnisbehörde mit einem erhöhten Eingang von Mitteilungen aus dem Kraftfahrtbundesamt konfrontiert, da seit dem 01.05.2014 auch alle rechtskräftig geahndeten Alkohol- und Drogenordnungswidrigkeiten unabhängig vom aktuellen Punktestand der Betroffenen gemeldet werden.

Mit dem erwähnten, neu eingeführten Fahreignungsseminar, das aus einem verkehrspädagogischen und einem verkehrspsychologischen Element besteht, ist der Fahrerlaubnisbehörde die neue Aufgabe als Genehmigungs- und Überwachungsbehörde

für den Personenkreis, der die Teilmaßnahmen durchführen möchte bzw. durchführt, übertragen worden.

Zum 01.05.2014 wurden die bisherigen Punkte aus dem Verkehrszentralregister in das neue Fahreignungsregister überführt. Maßgeblich war dafür die bereits erreichte Maßnahmenstufe, so dass grundsätzlich niemand durch die Umstellung besser oder schlechter gestellt wurde. Hier bestand die besondere Herausforderung darin, dass das Fachverfahren sowohl den alten und auch den neu berechneten Punktestand korrekt darstellt.

Mit der Reform wurden auch die Regelungen zu den Tilgungsfristen vereinfacht. Die bisherige Tilgungshemmung entfällt, d.h. ein neuer Verstoß führt nicht mehr dazu, dass ein bereits eingetragener Verstoß länger gespeichert bleibt. Es gilt das Tattagsprinzip (Punkte entstehen am Tattag und werden für die Berechnung entsprechend herangezogen), die Tilgungsfrist beginnt einheitlich ab Rechtskraft des Bußgeldbescheides bzw. des Urteils. Die gesetzlichen Regelungen zur Tilgung für von vor dem 01.05.2014 und danach eingetragenen Verkehrsverstößen laufen für eine Übergangszeit von fünf Jahren parallel. Dies stellt eine besondere Herausforderung dar, weil abhängig vom Datum des Registereintrags zwei Rechts- und Berechnungsgrundlagen parallel zur Ermittlung des tatsächlichen Punktestandes und Anwendung des Maßnahmenkatalogs heranzuziehen und zu beachten sind.

Die zahlreichen Änderungen in der bisherigen Terminologie mussten in sämtliche Vordrucke und Formschriften übernommen und durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verinnerlicht werden. Hierzu wurden die Beschäftigten umfassend geschult, so dass auch der immense Beratungsbedarf der von „alten“ und/oder „neuen“ Registereintragungen betroffenen Fahrerlaubnisinhaberinnen und -inhabern gedeckt werden konnte.

Projekt Online-Antragsverfahren in Verbindung mit der Elektronischen Fahrerlaubnisakte (ProOnEFA)

Das Ziel des Projektes Online-Antragsverfahren in Verbindung mit der elektronischen Fahrerlaubnisakte ist es unter anderem, eine Möglichkeit zu schaffen, ohne Behördenvorsprache online einen Fahrerlaubnis Antrag zu stellen. Die Projektphase 1, die sich mit der online-Antragstellung mit Unterstützung der Fahrschulen befasst, ist im Berichtsjahr planmäßig vorangeschritten. Seit September 2014 können ausgewählte Fahrschulen definierte Testanträge an die Fahrerlaubnisbehörde übermitteln. Die Ergebnisse des Testbetriebes sind sehr vielversprechend. Um mit echten Anträgen in den Probetrieb eintreten zu können, müssen noch zahlreiche Fragen abschließend geklärt werden. So müssen z.B. noch die Sicherheitsbetrachtungen abgeschlossen und das ePayment sicher angebunden werden.

Die Projektphase 2, die sich mit der Antragstellung bei den Berliner Bürgerämtern befasst, wurde aufgrund der anstehenden umfassenden Software-Modernisierung in den Bürgerämtern modifiziert. Mit VOIS (Verwalten, Organisieren, Integrieren, Steuern) soll eine einheitliche Oberfläche geschaffen werden, in die verschiedenste Fachanwendungen eingebettet werden und diverse Grundfunktionalitäten gemeinsam genutzt werden können. Dies bedeutet, dass unter VOIS in Zukunft die Beschäftigten der Berliner Bürgerämter nicht nur die „eigenen“ Verfahren bedienen, sondern bis zu einer definierten Bearbeitungstiefe auch direkt Daten (einschließlich Foto und Unterschrift) in das Fachverfahren der Fahrerlaubnisbehörde eingeben werden. Damit können die bereits identifizierten Synergieeffekte systematisch und flächendeckend genutzt werden, ohne – wie ursprünglich geplant – ein zusätzliches Web-Portal zur Verfügung zu stellen.

Weiterentwicklung der Online-Angebote

Die Kfz-Zulassungsbehörde bietet Berliner Fahrzeug-Niederlassungen, Autohäusern, Firmen, Unternehmen und Behörden mit größeren Fuhrparks seit einigen Jahren ein Online-Verfahren zur Zulassung, zur Wiederzulassung und zur Außerbetriebsetzung von Fahrzeugen sowie zur Realisierung ggf. weiterer in diesem Zusammenhang stehender Anträge an. Voraussetzung ist die technische Anbindung eines vorhandenen oder zu entwickelnden Bestandsführungssystems mittels entsprechender Schnittstellen an die Kfz-Online-Einrichtung der Zulassungsbehörde. Dort erfassen die Nutzerinnen und Nutzer die Technikgrund-, Halter- und Versicherungsdaten, die für das Zulassungsverfahren erforderlich sind. Diese Daten können dann in das Fachverfahren der Zulassungsbehörde übernommen werden und es erfolgt die Registrierung im örtlichen und zentralen Fahrzeugregister. Hierdurch wird die Vorgangsbearbeitung zügiger und effizienter; die Zulassungsbehörde ist in der Lage, auf diesem Weg eingestellte Vorgänge taggenau zu bearbeiten. Ferner erfolgt eine Rückübertragung der erfassten Daten und Gebührensätze an die Nutzerinnen und Nutzer der Anbindung. Unabhängig davon müssen selbstverständlich weiterhin die für die Zulassung erforderlichen Unterlagen (Antrag, Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA), ZB I und II, Nachweis der Hauptuntersuchung, Kennzeichen) eingereicht werden.

Auch wenn auf Grund der bestehenden Rechtsvorschriften damit eine medienbruchfreie Bearbeitung noch nicht vollumfänglich möglich ist, belegen die ansteigenden Online-Zahlen eine moderne in die Zukunft gerichtete praktikable Lösung. Bis Ende des Jahres 2014 wurden bereits 73.613 Fahrzeuge auf diesem Weg bearbeitet. In den kommenden Jahren wird die Herausforderung darin liegen, dieses seit mehreren Jahren bestehende Online-Verfahren mit den Ideen des BMVI für eine internetbasierte Fahrzeugzulassung in Einklang zu bringen.



■ Abteilung IV

Ausländerbehörde

Anstieg der Belastung

Schon im Geschäftsbericht 2013 war über den Anstieg der Zahl der dem Land Berlin zugewiesenen Asylsuchenden berichtet worden. Diese Entwicklung hat sich verstärkt und wird sich weiter fortsetzen. Im Jahr 2014 hat sich die Zahl der durch die Ausländerbehörde zu betreuenden Asylsuchenden innerhalb eines Jahres um zwei Drittel gesteigert. Die Zahl der Ausreisepflichtigen, die ganz überwiegend das Asylverfahren erfolglos durchlaufen hat, hat sich verdoppelt und übersteigt sogar noch die Zahl der Asylsuchenden. Die Bewältigung der über das Jahr stetig anwachsenden Publikumsströme ist ein besonderes Verdienst aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wie bereits im Jahr 2013 wurden angesichts der fortdauernden kriegerischen Auseinandersetzungen, der damit verbundenen Gefährdung der Zivilbevölkerung und der Flüchtlingsströme in den Nachbarstaaten Syriens auch im Jahr 2014 wiederum vermehrt syrische Flüchtlinge aufgenommen.

Haben sich Ende des Jahres 2013 noch 2.117 syrische Staatsangehörige mit einem gesicherten Aufenthaltsstatus in Berlin aufgehalten, waren dies Ende des Jahres 2014 bereits 4.126 Personen. Dieser Anstieg wird prognostisch anhalten, da sich eine Verbesserung der Lage in Syrien nicht abzeichnet.

Mit der freiwilligen Räumung des Oranienplatzes, der aktuell noch fortdauernden Besetzung der Gerhart-Hauptmann-Schule und der Beteiligung der Ausländerbehörde an der Task Force „Görlitzer Park“ sind im vergangenen Jahr nicht geplante Aufgaben auf die Ausländerbehörde zugekommen, die eine zusätzliche Belastung darstellten und auch aktuell noch darstellen. So wurden bspw. die ehemaligen Besetzerinnen und Besetzer des Oranienplatzes (rd. 550 Pers.) zu Terminen außerhalb der regulären Sprechzeiten vorgeladen und – soweit eine Vorsprache auch tatsächlich erfolgte – eingehend zu ihrem aufenthaltsrechtlichen Schicksal befragt und die notwendigen ausländerbehördlichen Maßnahmen eingeleitet.

Steigerung der Rückführungszahlen

Die Zahl der zwangsweisen Rückführungen Ausreisepflichtiger in ihre Herkunftsländer wurde gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigert. 500 Rückführungen im Jahr 2013 stehen 602 Rückführungen im Jahr 2014 gegenüber. Eine Ursache hierfür ist in der zeitnahen Vorbereitung und Durchführung der Rückführungen ohne Haft in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Berliner und der Bundespolizei zu suchen.

Insgesamt steht die Ausländerbehörde im Jahr 2015 vor dem Hintergrund der aufgezeigten Entwicklung vor besonderen Herausforderungen.

Weiterentwicklung der Kundensteuerung

Zum 01.07.2014 wurden die Sachgebiete zu sogenannten Kontinentsachgebieten weiterentwickelt. Dabei wurden Zuständigkeiten für Kundengruppen gebündelt, deren Herkunftsstaaten geografisch beieinander liegen.

Die für Asylangelegenheiten und Duldungen verantwortlichen Sachgebiete wurden entlastet, indem die Zuständigkeit für alle Inhaber eines humanitären Aufenthaltstitels in die Kontinentsachgebiete verlagert wurde. Staatenübergreifend zuständige Sonderbereiche, wie das Sachgebiet für Studierende, wurden beibehalten.

Die knappen personellen Ressourcen konnten damit effizienter verteilt werden. Zudem ist die Aufgabenverteilung in der Ausländerbehörde für die Kunden transparenter und verständlicher geworden.

Im Zuge der Umstrukturierung wurde der Service der Online-Terminvereinbarung (OTV) in zwei weiteren Sachgebieten vollständig eingeführt. Das für europäische Staaten zuständige Sachgebiet wurde am 01.07.2014 an die OTV angebunden. In dem für die Länder des Nahen Osten und Transozeaniens

zuständigen Sachgebiet wird die OTV seit 01.12.2014 angeboten. Damit einhergehend wurden weitere Dienstleistungen in deutscher und englischer Sprache für die OTV erstellt. Dadurch können Termine für nahezu alle befristeten Aufenthaltstitel zu verschiedensten Aufenthaltszwecken gebucht werden.

Der 2011 im Rahmen eines Pilotprojekts in ausgewählten Publikumsbereichen eingeführte Service ist nunmehr flächendeckend in allen Sachgebieten etabliert, in denen Aufenthaltstitel beantragt oder verlängert werden können.

Für das Geschäftsjahr 2015 ist in Zusammenarbeit mit dem ITDZ Berlin die Erhöhung der Bedienerfreundlichkeit der OTV geplant. Hierzu sollen ein ansprechenderes Layout und eine einfachere Benutzerführung entwickelt werden.

Zudem soll das in einigen Publikumsbereichen bereits eingeführte elektronische Warteschlangenmanagement ausgeweitet werden, um die Bedienung von Termin- und Laufkunden mittels des Zeitmanagementsystems (ZMS) miteinander zu verzahnen und vorhandene personelle Kapazitäten noch effektiver nutzen zu können.

Stärkung der sprachlichen Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Eine verständliche, zielgerichtete Kommunikation ist neben der fachlichen Kompetenz die Grundlage für eine bestmögliche Kundenbedienung. Die in den vergangenen Jahren begonnene fremdsprachliche Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörde Berlin wurde 2014 weiter fortgesetzt. In Zusammenarbeit mit der Verwaltungsakademie Berlin und der Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg konnten für 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Englisch-Sprachkurse auf unterschiedlichen Niveaustufen angeboten werden.

Unter Einbezug der bisher durchgeführten Sprachkurse hatte nunmehr fast ein Drittel aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit, ihre Kenntnisse in der englischen Sprache zu vertiefen und auszubauen. Die sprachliche Qualifizierung wird fortgesetzt.

Einführung einer Lobdatei

Bereits seit Jahren werden die gegenüber der Ausländerbehörde erhobenen Dienstaufsichtsbeschwerden statistisch erfasst und inhaltlich ausgewertet, um zum einen eventuellen Handlungsbedarf bei der Verbesserung der Kundenorientierung zu identifizieren und zum anderen mögliche Schwachstellen in der Anwendung des komplexen Aufenthaltsrechts zu erkennen. Einer während eines Besuches bei der Ausländerbehörde München gewonnenen Anregung folgend werden nun seit Juni 2014 auch die die Behörde erreichenden Dankes- und Lobschreiben statistisch erfasst. Die Ausländerbehörde erreichten seitdem annähernd so viele Dankes- bzw. Lobschreiben wie Dienstaufsichtsbeschwerden. Dies ist auch Ansporn, in den Bemühungen um eine sich stetig verbessernde Kundenorientierung nicht nachzulassen.

Vernetzung, Eröffnung einer Rechtsberatungsstelle in der Ausländerbehörde Berlin

Die Ausländerbehörde hatte im Jahre 2014 insgesamt 45 Zusammenkünfte mit Vereinen, Interessenverbänden, Universitäten und Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft. Die Zielrichtung bei all diesen Treffen war – neben der Intensivierung der persönlichen Kontakte – das Erläutern von gesetzlichen Vorgaben und internen Abläufen, um Entscheidungsprozesse deutlicher zu machen. Im Gegenzug konnte die Ausländerbehörde

von den Gesprächspartnern ein direktes Feedback der Kunden erhalten, damit kritisch umgehen und nach Lösungen suchen.

Ein im Jahre 2014 wieder ins Leben gerufenes Treffen ist das mit dem Republikanischen Anwaltsverein (RAV). Ausgangspunkt hierfür waren kritische Wahrnehmungen der Rechtsanwälte bezüglich der Kundenorientierung, aber auch Fragen über Arbeitsabläufe. Bei den mehrmaligen Treffen konnte auch hier das gegenseitige Verständnis ausgebaut werden. Diese Gespräche werden 2015 fortgesetzt.

Besonders hervorzuheben ist die Eröffnung der kostenlosen Rechtsberatung in der Ausländerbehörde am 02.10.2014, die gemeinsam von der Türkischen Gemeinde zu Berlin, dem Türkischen Bund Berlin-Brandenburg und dem Deutsch-Arabischen Zentrum an drei verschiedenen Tagen für jeweils zwei Stunden angeboten wird.

Bis zum 18.12. kamen an 28 Beratungstagen zu je zwei Stunden insgesamt 130 Kunden, die eine Beratung in Anspruch genommen haben. Diese wird durch Rechtsanwälte angeboten, die dieses Ehrenamt bereits in den Mutterhäusern der Vereine regelmäßig durchführen.

Der Kundenkreis umfasst sämtliche Kunden der Ausländerbehörde, wobei aktuell ein Schwerpunkt bei der Beratung syrischer Staatsangehöriger festzustellen ist.

Nach Ablauf einer sechsmonatigen Probezeitphase wurde gemeinsam mit den Vertretern der Organisationen entschieden, die Rechtsberatung als dauerhafte Einrichtung zu etablieren.





■ LABOweite Themen

Abteilung V – Zentrale Aufgaben – Koordination und Service

Hauptuntersuchung für die Übernahme der Infrastrukturbetreuung der IT-Arbeitsplätze im LABO

Der Betrieb der verfahrensunabhängigen IT-Infrastruktur im LABO erfolgt in zweigeteilter Verantwortung. Das IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ Berlin) betreibt seit mehreren Jahren die unabhängige Informationstechnik für die Abt IV – Ausländerbehörde – im Rahmen des IT-Infrastruktur-Services (ITIS). Für alle anderen Bereiche im LABO nimmt der interne IT-Service der Abteilung V des LABO diese Aufgabe wahr.

Es wurde vor diesem Hintergrund ein Projekt initiiert, dessen Zielsetzung es war, die für die Erreichung eines einheitlichen IT-Infrastruktur-Services für alle IT-Arbeitsplätze des LABO sowie für eine Planung der stufenweisen Übernahme der Infrastrukturbetreuung durch das ITDZ Berlin ab 01.01.2016 erforderlichen Rahmenbedingungen zu erarbeiten. Mit der Hauptuntersuchung für die Übernahme der Infrastrukturbetreuung der IT-Arbeitsplätze

im LABO wurde im Januar 2014 begonnen.

Zunächst wurde ein Anforderungskatalog erarbeitet und gemeinsam abgestimmt, der alle für das LABO relevanten Anforderungen und Funktionen beinhaltet. Auf dieser Basis wurde ein Leistungskatalog erstellt, der die Grundlage für die hieraus durch das ITDZ Berlin abzuleitenden Kalkulationen bildete. Die weiteren im Projektvertrag vereinbarten Ergebnistypen für einen Dienstleistungsvertrag sollten erst im Anschluss an die Grundsatzentscheidung der Entscheidungsinstanz zum weiteren Vorgehen bearbeitet werden.

Die vom ITDZ Berlin ausgearbeitete Preisinformation für die erforderliche Haushaltsanmeldung des LABO für den Doppelhaushalt 2016/2017 wurde zur Abstimmung und Entscheidung gestellt. Für das LABO ergab sich auf der Grundlage der Kosteninformation des ITDZ Berlin für einen Full-Service eine erhebliche Deckungslücke, die in diesem Umfang nicht ausgeglichen werden kann.

Dieser Sachverhalt verhinderte die Weiterverfolgung eines Projektes in Richtung eines Dienstleistungsvertrages zur Erbringung eines LABO-einheitlichen IT-Infrastructureservice durch das ITDZ Berlin.

Die Projektarbeit wurde zum 14.08.2014 formal abgeschlossen. Das LABO unterstützt weiterhin die Aktivitäten der AG „Standardisierter IT-Arbeitsplatz“ für ein landesweites Standardisierungs- und Finanzierungsmodell und berücksichtigt deren Ergebnisse. Aus der zweigeteilten Verantwortung resultierende Mehraufwendungen, insbesondere in den Bereichen der IT-Koordination, der Service-Management-Prozesse und im operativen Betrieb, bleiben somit vorerst bestehen, sollen aber durch eine intensivere Abstimmung und kontinuierliche Verbesserung fortlaufend verringert werden.

Migration auf Windows 7 und MS Office 2010

Vor dem Hintergrund des zum 08.04.2014 ausgelaufenen Extended-Supports von Windows XP wurde das im Jahr 2013 begonnene, abteilungsübergreifende Projekt zur Migration auf das Betriebssystem Windows 7 in Verbindung mit Microsoft Office 2010 (ProWin7) fortgesetzt. Da absehbar war, dass die Migration nicht bis zum 08.04.2014 abgeschlossen sein würde, trat das LABO dem vom ITDZ Berlin ausgehandelten Vertrag zur Verlängerung des Supportzeitraums um ein Jahr bei.

Die Lizenzierung der neuen Software erfolgte über einen Enterprise-Agreement-Vertrag. Aus diesem ergibt sich im Gegensatz zu anderen Lizenzierungsmodellen eine planbare gleichmäßige Belastung des Sachmittelhaushalts bei gleichzeitiger Berechtigung des Einsatzes der aktuellen Versionen der lizenzierten Software in der Zukunft. Gleichzeitig können weitere sogenannte Benefits genutzt werden, wie zum Beispiel kostenfreie Pla-

nungs- und Unterstützungsdienstleistungen von Microsoft-Partnern bei der Einführung neuer Technologien, die Nutzung des E-Learning-Programms der Firma Microsoft sowie Teilnahme am Home-Use-Program für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LABO.

Im Projektverlauf wurden neben der Finalisierung der Konzeption der neuen Betriebssystemumgebung und deren Implementierung alle im LABO eingesetzten Fach- und Querschnittsverfahren, Office-Vorlagen sowie landesweiten Dienste im Hinblick auf die Lauffähigkeit in der neuen Betriebsumgebung getestet und notwendige Anpassungen an den vom LABO verantworteten Fachverfahren und Office-Vorlagen vorgenommen. Für einzelne landesweite Verfahren und Dienste, deren Betriebsverantwortung nicht im LABO liegt, wurden Umgehungslösungen geschaffen, da ein Einsatz in der neuen Umgebung offiziell nicht unterstützt wird und eine Anpassung oder Ablösung nicht rechtzeitig bis zum Umstieg auf das neue Betriebssystem erfolgte.

Um die Kundenbedienung der Fachabteilungen so wenig wie möglich einzuschränken, wurde eine sukzessive, abteilungsweise Einführung gewählt. Die Schulungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fanden zeitgleich mit der technischen Umstellung statt, sodass der Dienst am nächsten Tag an einem bereits umgestellten Arbeitsplatz aufgenommen wurde. Die in der Schulung erworbenen Kenntnisse konnten so unverzüglich angewendet werden.

Im Zeitraum vom 28.04.2014 bis zum Jahresende wurden alle 677 Arbeitsplätze der Abteilungen I, II, IV und V sowie des Leitungsbereichs und der Beschäftigtenvertretungen migriert und deren Nutzer geschult. Die Migration der 523 Arbeitsplätze der Abteilung III wird bis zum 31.03.2015 abgeschlossen sein.

Umsetzung des Personalentwicklungskonzepts

Im LABO wird das im letzten Berichtszeitraum erstellte Personalentwicklungskonzept erfolgreich gelebt. Viele Maßnahmen zur Förderung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden umgesetzt. Für eine noch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gibt es im LABO flexible Arbeitszeiten, die Möglichkeit in Teilzeit zu arbeiten und in geeigneten Bereichen alternierende Telearbeit zu leisten. Darüber hinaus haben die Beschäftigten des LABO die Möglichkeit, das Angebot des

Dienstleisters Benefit@work kostenlos und unverbindlich zu nutzen und sich Dienstleistungen wie z.B. Kinderbetreuung vermitteln zu lassen.

Die Mitarbeiterqualifikation wird im LABO sehr aktiv gestaltet. Beschäftigte des LABO nutzen die Möglichkeit der Teilnahme an fachlichen und funktionsbezogenen Schulungen der VAK, der Unfallkasse Berlin und des kommunalen Bildungswerkes.

Zusätzlich gibt es im LABO das Programm „Profil“ (**PRO**gramm für **F**ortbildung und

Welche Instrumente der PE gibt es im LABO?

Funktionsfähigkeit des LABO durch leistungsfähige und motivierte MA	Führungs-kompetenz	Gesprächskultur	berufliche Entwicklung durch	Arbeits- und Rahmenbedingungen
GVPI./ Stellenplan Personalbedarfsplanung	Führungsleitlinien	Zielvereinbarungen	Kompetenzprofil/ Befähigungseinschätzung	flexible Arbeitsmodelle
Anforderungsprofile	Führungskräftefortbildung	Jahresgespräche	Qualifizierung	alternierendes Arbeiten
Personalauswahl	Führungskräfte-nachwuchs	Führungskräfte-feedback	Rotation	BEM
Einarbeitung Wissenstransfer	Potenzialanalyse	Mitarbeiterbefragung	Hospitation	Sozialberatung
Beurteilungen	Mentoring	Konfliktmanagement	Aufstieg	Chancen-gleichheit und Geschlechter-gerechtigkeit
Aus- und Weiterbildung	Coaching		Sonderwechsel	Gesundheitsmanagement
Wissenstransfer/ -weitergabe				Alter(n)sge-rechtes Arbeiten
Aufgaben- und Organisationsentwicklung				

Inhouseschulungen im LABO) mit weiteren Angeboten. In 2014 haben bis ca. Mitte Oktober etwa 570 Beschäftigte des LABO an insgesamt über 870 Fortbildungsmaßnahmen teilgenommen.

Angebote für Führungskräfte standen 2014 wieder besonders im Fokus. Es wurden Inhouseschulungen (z.B. Umgang mit psychischen Auffälligkeiten, Sucht) sowie Führungskräfteworkshops durchgeführt. Zur Unterstützung bei besonderen Belastungsphasen besteht für Führungskräfte die Möglichkeit eines Einzel-Coachings, für den Führungskräftenachwuchs die Möglichkeit der Teilnahme an Potentialanalyseverfahren.

Im Rahmen des Gesundheitsmanagements bestehen vielfältige Angebote an Gesundheitskursen (Rückenschule, Yolates, Pilates), Gesundheitstage, Massage vor Ort sowie spezifische Fortbildungen. Es werden Gesundheitsinfos und Hinweise publiziert. Im gemeinsamen ASA/AGM werden Arbeitsschutz und Gesundheitsmanagement ganzheitlich betrachtet und abteilungsweite Verabredungen getroffen sowie voneinander gelernt („good practice“).

Auch 2014 führte das LABO einen Gesundheitstag durch, der von den Beschäftigten sehr gut angenommen wurde.

Eine Optimierung der Strategie im Gesundheitsmanagement bleibt ständig im Fokus. Entsprechend werden Beschäftigte zu Gesundheitskoordinatoren/-innen ausgebildet und bestellt.

Bündelung der Querschnittsaufgaben

Personal, Finanzen, Innerer Dienst als Beitrag des LABO zum strukturellen Sparen

Vor dem Hintergrund des Beschlusses des Senats vom Oktober 2013 zur Reduzierung des Personals auf 80.000 Vollzeitäquivalente (VZÄ) in der Hauptverwaltung bis Ende 2016

hat die Senatsverwaltung für Inneres und Sport als Dienstaufsicht des LABO vorgegeben, die Querschnittsaufgaben Personal, Finanzen und Innerer Dienst im LABO künftig zentral wahrzunehmen. Um diese Vorgabe umzusetzen, wurden diese zuvor in Teilen dezentral wahrgenommenen Querschnittsaufgaben im zentralen Querschnitt der Abt. V des LABO, Zentrale Aufgaben, Koordination und Service zum 01.07.2014 gebündelt.

Der erste Schritt der Bündelung war das Zusammenführen der dezentral Querschnittsaufgaben wahrnehmenden Beschäftigten in einer neuen Struktur. Dieser Teilschritt erfolgte unter Einbeziehung der Beschäftigten und berücksichtigte einerseits nach Möglichkeit deren individuelle Zielstellungen, andererseits die geschätzten Ressourcen, die eine zentral arbeitende Querschnittsabteilung benötigt. Daran anknüpfend wurde und wird eine Aufgabenkritik und Optimierung der Geschäftsprozesse durchgeführt. Dadurch werden Einsparpotentiale erkannt und nach und nach umgesetzt. Ziel ist es, möglichst viele VZÄ im Querschnittsbereich einzusparen, um diese in den Fachabteilungen zum Einsatz bringen zu können. Bis Ende 2015 werden die Erkenntnisse zur künftigen Aufgabenwahrnehmung und möglichem Einsparpotential festgelegt.

Für das LABO und dabei insbesondere die betroffenen Beschäftigten sowie die Führungskräfte stellte und stellt die Bündelung einen sehr herausfordernden Organisationsentwicklungsprozess dar, der erhebliche Detailarbeit sowie hohe Anforderungen an die Flexibilität und Kooperationsbereitschaft erfordert.



■ Kurz notiert

SEPA-Umstellung

Durch die Erweiterung der Rückrufmöglichkeiten innerhalb des SEPA-Verfahrens (Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum) in der Abteilung I wurde 2013/2014 die Gesamtzahl der Überzahlungen innerhalb des Rentenverfahrens verringert.

Berlin ist eine Reise wert!

Zu den bereits zahlreich bekannten Attraktionen in der Stadt hat sich eine Neue gesellt: Die Pass- und Ausweisstelle der Abteilung II für deutsche Touristen und Auslandsdeutsche. Hier ist ein Zuwachs von 30 % an ausgestellten Pässen und Ausweisen zu verzeichnen. Auslandsdeutsche planen teilweise ihren Urlaub dahingehend, dass sie ihre neuen Ausweise und Pässe in Berlin beantragen. Dies begründet sich einerseits darin, dass die zuständigen deutschen Auslandsvertretungen teilweise mühsam zu erreichen sind, andererseits weisen Auslandsvertretungen die Antragstellerinnen und Antragsteller sogar darauf hin, dass die Anträge in Berlin schnell und unkompliziert bearbeitet werden.

Transferverfahren im Personenstandswesen

Die Überführung der über 36.500 Beurkundungen des Standesamts I in Berlin im Übergangsregister der Jahre 2009 – 2013 in das elektronische Personenstandsregister konnte fristgerecht bis September 2014 abgeschlossen werden.

Bewährung des Terminmodells

Das neue System der Terminvereinbarung der Abteilung III ermöglicht es den Kundinnen und Kunden, Zeit zu sparen. Das Terminangebot orientiert sich grundsätzlich an den personellen Ressourcen der Zulassungsbehörde. Sofern für den folgenden Tag mehr Dienstkräfte zur Verfügung stehen als geplant, wird die Anzahl der über das Internet verfügbaren Termine entsprechend erhöht. Insofern soll jeder Kunde innerhalb von 2 bis 3 Arbeitstagen einen Termin erhalten und am Termin tag möglichst pünktlich bedient werden. Oberstes Ziel ist weiterhin, sowohl die Terminbearbeitung als auch die Bearbeitung für die gewerblichen Zulassungsdienste auf einem zeitnahen und verlässlichen Niveau zu halten.

Die Zahlen



214,21
88,70
65,90
31,20
802,90
86,15

-146,50
1.152,41

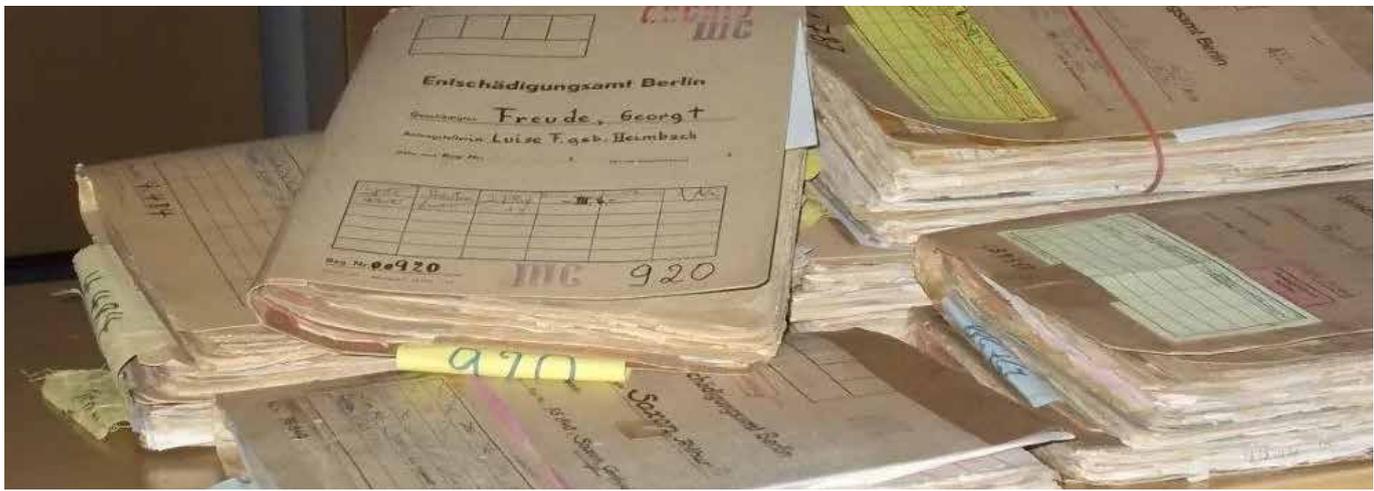
45,56
45,56

61,93
61,93

327,92
358,65
4.499,86
1.193,03
466,69
155,70
3.034,00
-324,73
12.064,09

422,03
422,03

272,34
272,34

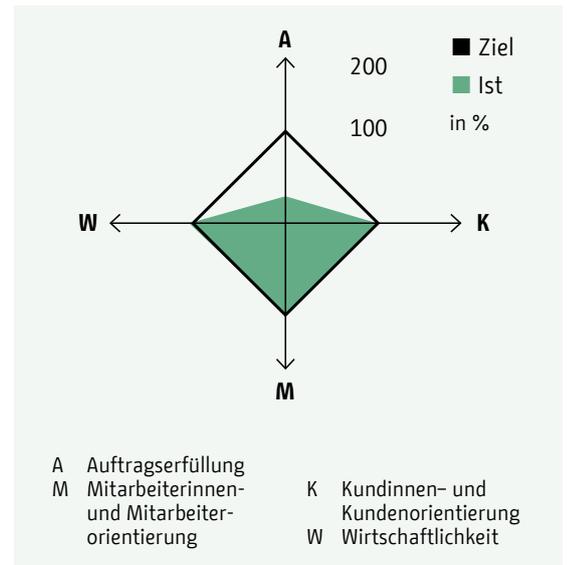


ABTEILUNG I — ENTSCHÄDIGUNGSBEHÖRDE

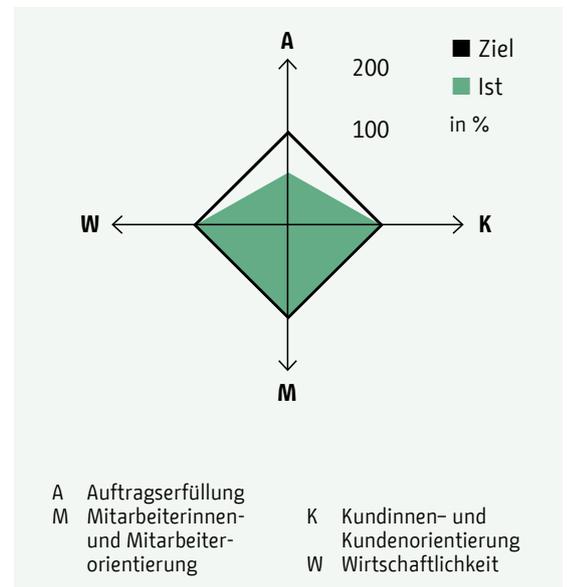
Kamerales Finanzvolumen in €	2012	2013	2014
Einnahmen gesamt (inkl. Transferleistungen des Bundes) in €	18.043.752	19.485.471	16.291.827
Ausgaben gesamt in €	41.509.796	38.883.755	36.460.666
Saldo in €	-23.466.045	-19.398.283	-20.168.840
Ausgewählte Grundzahlen zum Dienstleistungsspektrum	2012	2013	2014
Zahl der Rentenempfänger	3.966	3.582	3.248
Zahl der in Berlin gemeldeten Rentenempfänger (PrVG)	1.536	1.432	1.333
Zahl der im Bundesgebiet betreuten Rentenempfänger (BEG)	365	322	287
Zahl der im Ausland betreuten Rentenempfänger (BEG)	2.066	1.828	1.628
Zahl der Länder, in denen die betreuten Personen heute leben	33	33	33
Interne Grundzahlen der Abteilung	2012	2013	2014
Anzahl der Stellen	37,25	36,75	34,60
Anteil der Frauen an allen Beschäftigten in %	74	72	70
Zahl der Führungskräfte,	6	6	5
davon Frauen	2	2	1
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren	52	53	53
Anteil der Beschäftigten in %, die mindestens an einer Fortbildungsveranstaltung teilgenommen haben	41,67	33,33	87,50
durchschnittliche Gesundheitsquote in %	92,24	91,66	93,82

Zielerreichung

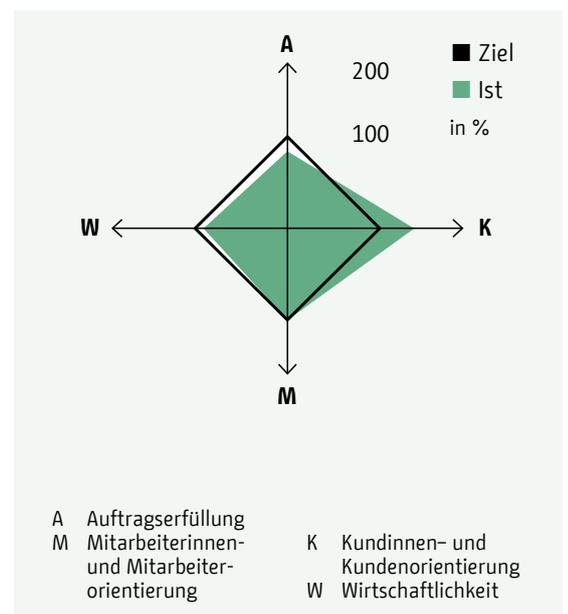
Rentenleistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG)		Ziel	Ist
A	Anteil der Überzahlungen an den Gesamtrentenzahlungen in %	0,10	0,38
K	durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Verschlimmerungsanträgen ab Vorlage aller Bearbeitungsunterlagen durch den Kunden oder Dritte in Tagen	3,00	3,00
M	Gesundheitsquote in %	92,00	93,82
W	Verwaltungskosten in €	16,01	15,30



Rentenleistungen nach dem Gesetz über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassistisch oder religiös Verfolgten (PrVG)		Ziel	Ist
A	Anteil der Überzahlungen an den Gesamtrentenzahlungen in %	0,30	0,56
K	durchschnittliche Bearbeitungsdauer von der Antragstellung [nach PrVG] bis zur Bescheiderteilung ab Vorlage aller notwendigen Bearbeitungsunterlagen durch den Kunden oder durch Dritte in Tagen	3,00	3,00
M	Gesundheitsquote in %	92,00	93,82
W	Verwaltungskosten in €	40,41	41,60



Betreuung nach dem Gesetz über die Anerkennung und Versorgung der politisch, rassistisch oder religiös Verfolgten (PrVG)		Ziel	Ist
A	Anteil der geprüften besonderen Einzelfälle an allen Kurvorgängen in %	7,50	6,11
K	Durchschnittliche Dauer vom Zeitpunkt der Antragstellung ab Vorlage aller notwendigen Bearbeitungsunterlagen durch den Kunden oder durch Dritte bis zur Aushändigung des Kurpauschalvergleichs seit dem 01.01. in Tagen	20,00	14,00
M	Gesundheitsquote in %	92,00	93,82
W	Verwaltungskosten in €	46,64	56,74



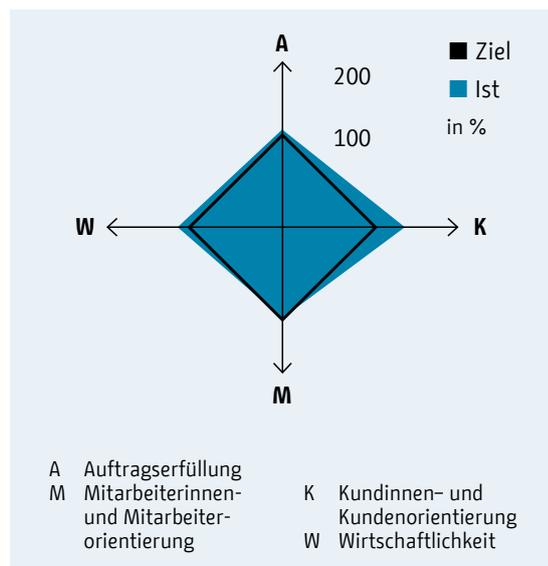


ABTEILUNG II — PERSONENSTANDS- UND EINWOHNERWESEN

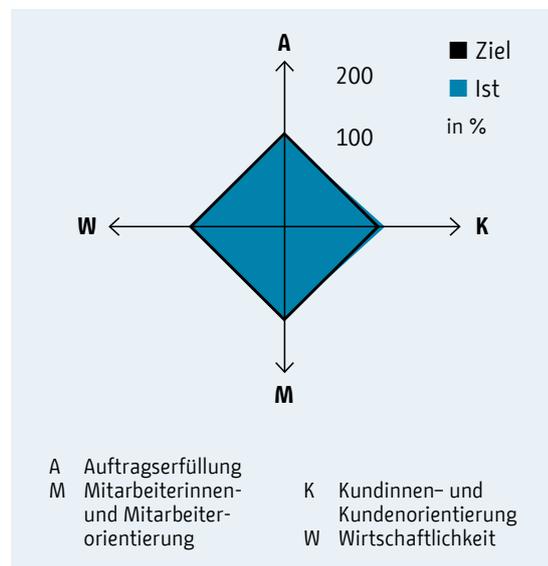
Kamerales Finanzvolumen in €	2012	2013	2014
Einnahmen gesamt in €	3.674.649	3.861.135	3.520.188
Ausgaben gesamt in €	14.282.379	14.681.722	14.163.532
Saldo in €	-10.607.731	-10.820.587	-10.643.344
Ausgewählte demografische Grundzahlen	2012	2013	2014
Gemeldete Einwohner/innen mit Hauptwohnung	3.469.600	3.517.100	3.563.431
Gemeldete Einwohner/innen mit Nebenwohnung	113.464	110.624	107.232
Ausgewählte Grundzahlen zum Dienstleistungsspektrum	2012	2013	2014
Zahl der Datensätze im aktiven Bestand	4.369.800	4.437.696	4.508.502
Zahl der Datensätze im historischen Bestand	2.995.003	3.821.442	3.050.405
Menge der manuellen und automatischen Auskünfte zu Einwohnern	26.850.661	25.641.832	27.975.795
Menge der Verpflichtungserklärungen	30.872	30.561	28.347
Interne Grundzahlen der Abteilung	2012	2013	2014
Anzahl der Stellen	171,88	170,88	169,65
Anteil der Frauen an allen Beschäftigten in %	76	75	74
Zahl der Führungskräfte,	18	18	18
davon Frauen	8	9	8
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren	51	51	52
Anteil der Beschäftigten in %, die mindestens an einer Fortbildungsveranstaltung teilgenommen haben	73,77	74,71	100,00
durchschnittliche Gesundheitsquote in %	87,98	87,68	85,59

Zielerreichung

Automatisierte Privatanfrage		Ziel	Ist
A	Menge	730,098	720,123
K	Anteil der Online-Auskünfte an Einzelabfragen an allen Einzelabfragen seit dem 01.01. in %	30,00	38,30
M	Gesundheitsquote in %	88,00	85,59
W	Erträge pro Stück	1,69	1,83



Zentrale Aufgaben des Meldewesens		Ziel	Ist
A	Das Pass-, Ausweis- und Melde-register sowie das Personenstandsregister stehen den Anwenderinnen und Anwendern – bezogen auf die Werktage im Land Berlin – zur Verfügung (in %).	95,00	98,83
K	Die verantworteten IT-Verfahren stehen den Anwenderinnen und Anwendern – bezogen auf die Werktage im Land Berlin – zur Verfügung.	90,00	98,98
M	Gesundheitsquote in %	88,00	85,59
W	Stückkosten pro Berliner Einwohner in €	0,60	0,62



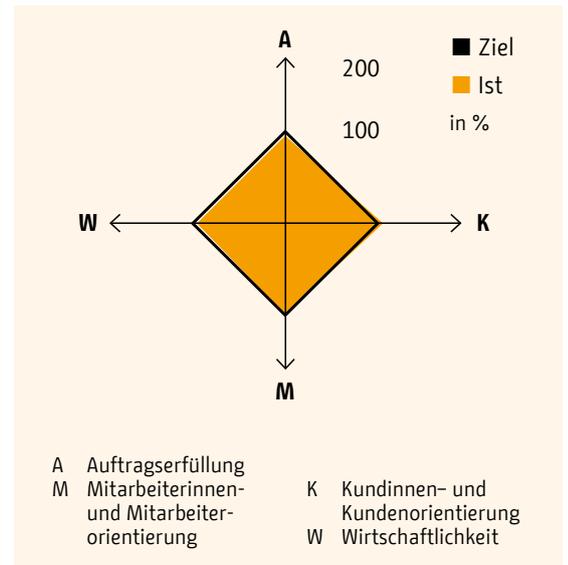


ABTEILUNG III – KRAFTFAHRZEUGWESEN

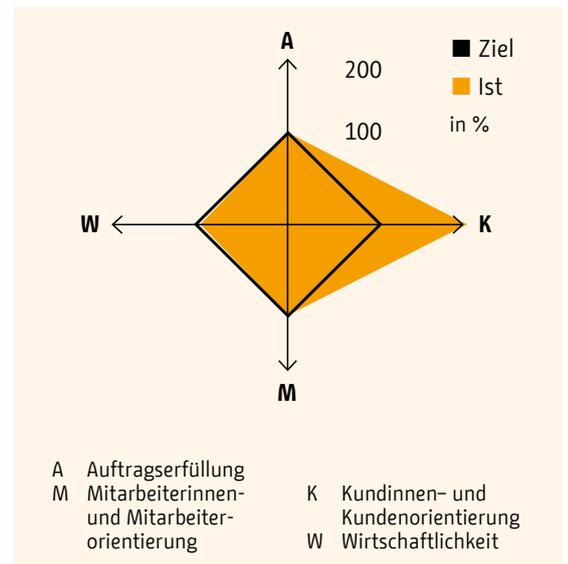
Kamerales Finanzvolumen in €	2012	2013	2014
Einnahmen gesamt in €	26.247.928	26.122.391	24.964.519
Ausgaben gesamt in €	23.355.078	22.998.734	22.812.583
Saldo in €	2.892.851	3.123.657	2.151.936
Ausgewählte demografische Grundzahlen	2012	2013	2014
zugelassene Kraftfahrzeuge	1.433.815	1.429.775	1.448.501
Zahl der Fahrerlaubnisinhaber und Fahrerlaubnisinhaberinnen	2.484.505	2.511.488	2.541.615
Ausgewählte Grundzahlen zum Dienstleistungsspektrum	2012	2013	2014
Anzahl der vergebenen Online-Wunschkennzeichen	66.370	85.211	107.648
Vorgangszahlen KFZ-Online	21.974	20.535	26.879
Vorgangszahlen Feinstaubplaketten-online	3.882	4.913	5.361
Vorgangszahlen Halterauskünfte-online	3.795	4.553	6.345
Zugriffe auf den Internetauftritt für KFZ-Zulassung	7.064.680	12.041.043	12.937.354
Zahl der Konzessionen im Gelegenheits- und Linienverkehr	10.429	12.411	11.731
Zahl der Taxi-Konzessionen	7.419	7.635	7.643
Zugriffe auf den Internetauftritt für Fahrerlaubniswesen	535.969	587.315	837.281
Interne Grundzahlen der Abteilung	2012	2013	2014
Anzahl der Stellen	399,09	395,09	392,68
Anteil der Frauen an allen Beschäftigten in %	80	78	77
Zahl der Führungskräfte,	27	24	24
davon Frauen	13	11	13
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren	50	49	50
Anteil der Beschäftigten in %, die mindestens an einer Fortbildungsveranstaltung teilgenommen haben	93,45	71,79	65,48
durchschnittliche Gesundheitsquote in %	87,69	88,21	88,01

Zielerreichung

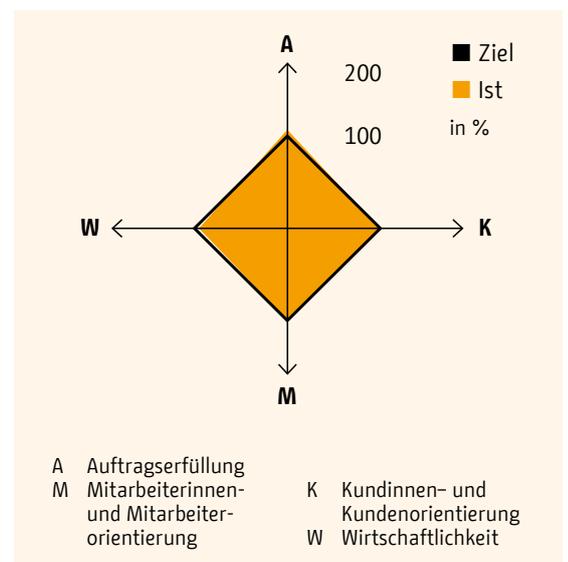
Fahrzeugzulassung		Ziel	Ist
A	Erträge	16.776.207	15.901.019
K	Anteil der Wunschkennzeichen an Zulassungen (Neuzulassungen, Umschreibungen, Zulassung Gebrauchtfahrzeuge, Umkennzeichnung) in %	60,00	62,82
M	Gesundheitsquote in %	88,00	88,01
W	Kostendeckung in %	100,00	96,34



Überwachung der Halterpflichten		Ziel	Ist
A	Anteil der im Klageverfahren bestätigten Entscheidungen des LABO seit dem 01.01.14 in %	95,00	98,75
K	Anteil der Mängelvorgänge, die seit 6 Monaten nicht abgeschlossen werden konnten, an allen Mängelvorgängen zum Stichtag in %	20,00	7,08
M	Gesundheitsquote in %	88,00	88,01
W	Kostendeckung in %	56,78	52,78



Fahrerlaubnisse/Führerscheine (als Produktgruppe)		Ziel	Ist
A	Anteil der im vorläufigen Rechtschutzverfahren bestätigten Entscheidungen des LABO seit dem 01.01.14 in %	95,00	98,87
K	Maximale Bearbeitungszeit bei Anträgen auf erstmalige Erteilung und Verlängerung der Fahrerlaubnis (extrem schwierige Fälle ausgenommen) in Tagen seit dem 01.01.14	35,00	33,00
M	Gesundheitsquote in %	88,00	88,01
W	Kostendeckung der Produktgruppe in %	65,00	59,13



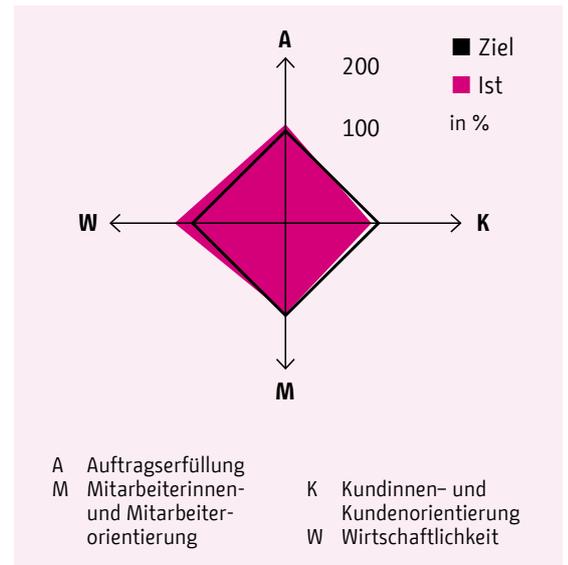


ABTEILUNG IV — AUSLÄNDERBEHÖRDE

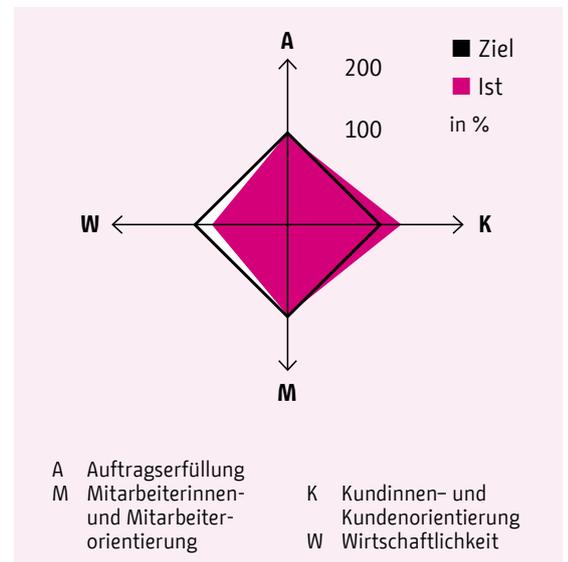
Kamerales Finanzvolumen in €	2012	2013	2014
Einnahmen gesamt in €	2.952.729	3.308.057	3.358.480
Ausgaben gesamt in €	18.402.381	19.353.431	19.967.680
Saldo in €	-15.449.652	-16.045.373	-16.609.199
Ausgewählte Grundzahlen zum Dienstleistungsspektrum	2012	2013	2014
Zahl der Kundenkontakte	220.495	240.678	291.852
Zahl der abgegebenen Stellungnahmen im VISA-Verfahren	7.687	7.405	7.408
Zahl der Asylsuchenden zum Stichtag 31.12.	3.602	5.553	9.193
Zahl der Ausreisepflichtigen zum Stichtag 31.12.	4.061	4.803	9.600
Zahl der erteilten Titel und sonstiger Bescheinigungen	110.067	106.839	111.573
Zahl der Abschiebungen	363	500	602
Zahl der erfassten unerlaubt eingereisten Ausländer/innen	1.394	1.282	1.472
Interne Grundzahlen der Abteilung	2012	2013	2014
Anzahl der Stellen	295,19	293,69	297,98
Anteil der Frauen an allen Beschäftigten in %	74	74	76
Zahl der Führungskräfte,	17	18	17
davon Frauen	11	12	11
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren	47	45	45
Anteil der Beschäftigten in %, die mindestens an einer Fortbildungsveranstaltung teilgenommen haben	99	75	79
durchschnittliche Gesundheitsquote in %	90,81	90,63	89,15

Zielerreichung

Aufenthalt		Ziel	Ist
A	Anteil der Fiktionsbescheinigungen an allen ausgestellten Fiktionsbescheinigungen und Titeln in % seit dem 01.01.14	20,00	18,46
K	Anteil der Termine/Vorladungen an allen Behördenvorsprachen in den Sachgebieten IV Z in % seit dem 01.01.14	50,00	44,98
M	Gesundheitsquote in %	91,00	89,15
W	Kostendeckungsgrad für alle Produkte des operativen Ziels in %	12,00	14,95



Beendigung unrechtmäßigen Aufenthalts		Ziel	Ist
A	Anteil der beschafften Pässe an der Gesamtzahl der angeforderten Pässe in % seit dem 01.01.14	35	34,48
K	Anteil der Direktabschiebungen ohne Haftbeschluss an allen Abschiebungen seit dem 01.01.14 in %	60,00	78,74
M	Gesundheitsquote in %	91,00	89,15
W	Kostendeckungsgrad für alle Produkte des operativen Ziels in %	3,00	2,14





ABTEILUNG V — ZENTRALE AUFGABEN UND INTERNE PRODUKTE

Kamerales Finanzvolumen in €	2012	2013	2014
Einnahmen gesamt in €	37.737	700.120	18.572
Ausgaben gesamt in €	6.544.053	6.455.448	7.753.338
Saldo in €	-6.506.315	-5.755.329	-7.734.766
Ausgewählte Grundzahlen zum Dienstleistungsspektrum	2012	2013	2014
Zahl der betreuten PCs	1.205	1.306	1.351
davon eigenbetreut	873	927	971
Zahl der betreuten Arbeitsplätze	1.107	1.083	1.082
Zahl der betreuten Beschäftigten	1.015	1.006	989
Zahl der in der Abteilung bearbeiteten Rechnungen des ITDZ Berlin	745	871	878
Zahl der bearbeiteten internen Aufträge im Querschnittspektrum	3.067	2.600	3.217
Zahl der durch die Abteilung beseitigten Störungen (Vorfälle) im Querschnittspektrum	2.214	1.750	2.200
Interne Grundzahlen der Abteilung	2012	2013	2014
Anzahl der Stellen	45,35	51,35*	93,00**
Anteil der Frauen an allen Beschäftigten in %	61	61	66
Zahl der Führungskräfte,	5	5	10
davon Frauen	1	1	7
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren	49	49	49
Anteil der Beschäftigten in %, die mindestens an einer Fortbildungsveranstaltung teilgenommen haben	59,26	48,08	78,65
durchschnittliche Gesundheitsquote in %	89,67	89,68	89,39

* Bereinigung bei Neugründung der Abteilung

** Bereinigung wegen Bündelung aller Querschnittsaufgaben in der Abteilung



Großer Stern

Straße des 17. Juni

LABO gesamt

Haushalt	2012	2013	2014
Einnahmen gesamt in €	50.956.795	53.477.175	48.153.586
Ausgaben gesamt in €	104.093.687	102.373.090	101.157.799
Saldo in €	-53.136.892	-48.895.915	-53.004.213
Kosten	2012	2013	2014
Personalkosten in €	31.567.191	32.676.664	34.869.421
Sachkosten in €	3.979.652	3.585.157	3.986.954
Transferkosten in €	2.201.323	1.978.726	2.403.359
Verrechnungskosten in €	5.928.150	6.304.947	6.809.575
kalkulatorische Kosten in €	5.589.693	5.660.597	5.869.000
Gemeinkosten in €	29.748.529	27.870.480	27.723.724
Transfers in €	37.976.415	35.944.028	33.088.057
Gesamtkosten in €	116.990.953	114.020.600	114.750.090
Erträge in €	50.761.734	53.347.778	48.070.219
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	2012	2013	2014
Anzahl der Stellen	953,76	953,76	953,89
Zahl der aktiv Beschäftigten	945	978	966
Zahl der weiblichen Beschäftigten	718	729	719
Zahl der Teilzeitbeschäftigten	220	211	187
Zahl der schwerbehinderten Menschen	117	119	117
Durchschnittsalter der Beschäftigten in Jahren	49	49	49
durchschnittliche Gesundheitsquote %	89,03	89,15	88,31





be  **Berlin**

HERAUSGEBERIN

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
Die Direktorin
Friedrichstraße 219
10958 Berlin
www.berlin.de/labob
Tel. +49 (0) 30 90269-0

KONZEPT, GESTALTUNG, DRUCK

Lücken-Design
www.luecken-design.de

AUFLAGE: 250 Stück

BILDNACHWEIS

K.O. Alkan (1) ©istockphoto / herby64 (7), Iakov Kalinin (13), kichigin19 (14),
06photo (18, 21), cherezoff (22), Thomas Francois (27), Marco2811 (37),
lassedesignen (39) ©fotolia / PhotoAlto (26)
©Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (8, 10)

Stand: Mai 2015

Inhalt auf 100 % Recyclingpapier